

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
6. Kalenderwoche

Euro-Länder und IWF einigen sich im Konflikt um das Hilfsprogramm für Griechenland

Der seit geraumer Zeit vorhandene Konflikt der Geldgeber Griechenlands ist kurz vor der Lösung. Vor allem aus Deutschland und der Niederlande war in den vergangenen Wochen zu hören, dass das Hilfsprogramm, mit einem Umfang von bis zu 86 Milliarden Euro, für Griechenland beendet wird, sollte sich der Internationale Währungsfond nicht daran beteiligen. Der IWF hat sich bis 2015 an den Hilfsprogrammen für Griechenland beteiligt, wollte jedoch das Ergebnis der ausgerufenen Neuwahlen abwarten, um weitere Hilfen zu genehmigen. Nach den Neuwahlen erklärte sich die neue Regierung in Athen nicht mit den Reformplänen des IWF einverstanden, die man noch mit der alten Regierung beschloss. Da der IWF auf die Umsetzung der Reformvereinbarungen bestand, beendete man die Beteiligung an dem bis 2018 laufenden Hilfsprogramm.

In dem am Dienstag veröffentlichtem Länderbericht des IWF heißt es, dass in Griechenland vor allem die „unbezahlbaren hohen“ Ausgaben für Renten verringert werden müssen. Zudem sollen Änderungen im Bereich der Steuern vorgenommen werden, Ausnahmen sollen verringert und Steuersätze gesenkt werden. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, den Haushalt „wachstumsfreundlicher“ zu gestalten, auch wenn es schwierige Entscheidungen seien, wie der IWF-Europa-Direktor Poul Thomsen in Washington sagte. Die mittelfristigen Wachstumsaussichten mit durchschnittlich einem Prozent seien im Vergleich mit anderen Ländern in der Euro-Zone zu wenig, wie aus dem Länderbericht hervorgeht. Zugleich bescheinigt der Länderbericht der griechischen Regierung auch erhebliche Reformfortschritte. Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem beanstandete, dass der IWF-Bericht durch die zuletzt positivere Entwicklung der griechischen Wirtschaft insgesamt zu negativ ausfalle, in die Bewertung des Schuldenstandes seien zudem die jüngsten Kurzfrist-Entlastungen nicht eingerechnet worden, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

In dieser Woche haben sich die europäischen Geldgeber und der IWF auf Reformforderungen geeinigt, wie das Handelsblatt aus Insiderquellen erfahren haben möchte. Im Streit ging es unter anderem um den geforderten Primärhaushaltsüberschuss, während die europäischen Geldgeber einen Überschuss von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts forderten, hielt der IWF ein Überschuss von 1,5 Prozent für angebracht, damit die griechische Wirtschaft besser wächst. Mit dem Primärüberschuss soll die Fähigkeit der griechischen Regierung abgelesen werden, die Schulden in Höhe von über 300 Milliarden Euro zu begleichen.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

RUB

Wochenrückblick

*Das Wichtigste in Kürze:
06. Februar bis 12. Februar*

Industrie mit Auftragsplus

Montag, 06. Februar - Die deutsche Industrie startet gut in das Jahr 2017. Wie das Bundeswirtschaftsministerium am Montag bekannt gab, schafften die Unternehmen im Dezember den größten Bestellzuwachs seit zweieinhalb Jahren, so sollen 5,2 Prozent mehr Aufträge als im Vormonat eingegangen sein, Ökonomen hatten nur mit einem Zuwachs von 0,5 Prozent gerechnet. Die Industrie erholte sich damit von den Rückgängen von 3,6 Prozent im November und schloss das Schlussquartal 2016 mit einem Zuwachs von 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorquartal.

US-Bankenregulierung

Mittwoch, 08. Februar - Der französische Notenbankchef und EZB-Ratsmitglied Francois Villeroy de Galhau hält eine lockerere US-Bankenregulierung für keine gute Idee. Er hält eine Rückkehr zu der Bankenregulierung von 2007 für eine sehr gefährliche und nicht wünschenswerte Position. Seine Aussagen beziehen sich auf die Pläne der US-Regierung den „Dodd-Frank-Act“ überprüfen lassen zu wollen.

Lehrstuhl für Makroökonomik
MacroNews
6. Kalenderwoche

Der IWF beurteilt den Schuldenstand von zuletzt knapp 180 Prozent der Wirtschaftsleistung als unannehmbar hoch. Nun soll man sich auf einen Überschuss von 3,5 Prozent in den Jahren 2018 und 2019 geeinigt haben. Die Sparauflagen für Athen ab 2020 soll noch in einer späteren Verhandlung diskutiert werden, ebenso die Schuldenerleichterung, die der IWF weiterhin fordert, was jedoch von der deutschen Bundesregierung strikt abgelehnt wird.

Bei einem Treffen der Geldgeber am Freitag mit dem griechischen Finanzminister galt es Reformauflagen zu verhandeln. Im Anschluss des Treffens kritisierte der griechische Ministerpräsident Tsipras die Gläubiger. Er führt an, dass es immer wieder zu Blockaden wegen Unstimmigkeiten bei den Geldgebern komme. Ferner werde er auch keine Forderungen akzeptieren die nicht auf Basis von Logik und Zahlen erfolgten. Zudem sei er der Auffassung, dass der IWF nicht den Mut habe, zu seiner Meinung zu stehen, indem der IWF es nicht schaffe, die von ihr geforderten Schuldenerleichterungen für Griechenland durchzusetzen. Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem gab nach dem Treffen am Freitagabend bekannt, dass man „erhebliche Fortschritte“ erreicht habe, die den Weg für weitere Hilfszahlungen freimachen könnte, so die Süddeutsche Zeitung.

Hintergrund: Eurokrise

[FAZ: IWF-Hilfen für Griechenland](#)

RUB

EZB vor Veränderung des Zinsausblicks?

Freitag, 11. Februar – EZB-Direktor Yves Mersch empfiehlt der EZB ihren derzeitigen Zinsausblick zu überdenken sowie Anpassungen in der Kommunikation nicht zu verschleppen. Gerade in Zeiten von Unsicherheit müsse die Geldpolitik ein Garant für Stabilität sein, wie Mersch am Freitag auf einer Veranstaltung sagte. Die Tendenz gehe zwar in Richtung eines lang anhaltenden Niedrigzinsniveaus, könnte aber – sollte sich die EZB dazu entscheiden, die Option für noch niedrigere Zinsen zu verwerfen – als Zeichen für den Kapitalmarkt gedeutet werden, dass eine Abkehr der lockeren Geldpolitik bevorstehe, schreibt das Handelsblatt. Seit März 2016 liegt der Leitzins bei 0,0 Prozent, für Banken werden Strafzinsen fällig, sollten diese ihr Geld über Nacht bei der EZB „einlagern“ (Einlagefazilität). Durch den Anstieg der Energiepreise im Januar beträgt die Inflation 1,8 Prozent; also nah der gezielten Teuerungsrate von zwei Prozent. Mersch prognostiziert den Anstieg der Inflationsrate bis Ende März, ehe die Inflation 2018 auf 1,5 Prozent sinkt.

Zahl der Woche
252,9 Milliarden €

betrug der Außenhandelsüberschuss, der im Jahr 2016 in Deutschland erzielt wurde.

Reuters